

Presseinformation

Nr. 11/2013

Berlin/ Worms, 16.05.2013

Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung – Thema des 7. Europäischen Patientenrechtstags

Patientenrechtstag fordert und fördert aktive Beteiligung der Bürger

Bereits im siebten Jahr wird der Europäische Patientenrechtstag begangen. Initiiert von europäischen Patientenrechtsorganisationen basiert er auf der Charta der Europäischen Patientenrechte. An deren Erarbeitung im Jahr 2002 war auch die DGVP e.V. maßgeblich beteiligt.

„Ziel des Europäischen Patientenrechtstages ist es, die Einbindung von Bürgern in die Ausgestaltung der Gesundheitspolitik zu fördern und zu fordern“, erläutert DGVP-Präsident Wolfram-Arnim Candidus. „Die Patientenrechte, wie wir sie in der Charta festgeschrieben haben, können nur umgesetzt werden, wenn sich alle relevanten Gesundheitspartner in allen EU-Ländern darüber verständigen und sich dazu verpflichten. Hierzu ist es wichtig, das öffentliche Bewusstsein auf die Patientenrechte zu lenken und zu betonen, dass alle in der Verantwortung stehen, deren Einhaltung zu gewährleisten.“

Der diesjährige Patientenrechtstag wird mit einer Konferenz in Brüssel am 16. Mai 2013 begangen. Im Zentrum der Tagung steht die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Die EU Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (2011/24/ EU) tritt zum 25. Oktober 2013 in Kraft.

„Die Richtlinie bietet Patienten über Grenzen hinweg viele Verbesserungen und eröffnet Möglichkeiten“, bewertet der DGVP-Präsident. „Doch viele Bestimmungen sind Kann-Regelungen für die Länder und es bleibt abzuwarten, was letztlich wie umgesetzt wird.“

Ziel der Konferenz ist ein Vergleich der Teilnehmerländer, inwieweit bei der Umsetzung der Richtlinien mit Bürgerorganisationen zusammengearbeitet wurde und wie stark Patientenbelange tatsächlich berücksichtigt werden.

1/2

„Die Einbindung der Patienten und Bürger ist dieses Jahr besonders aktuell und wichtig – schließlich ist 2013 das Europäische Jahr der Bürger“, so Candidus.

Die DGVP fordert eine verstärkte Einbindung von Bürgern in die Ausgestaltung der Gesundheitspolitik. Allem voran muss eine transparente Informationspolitik stehen und die Aufklärung der Bürger. Nur bei ausreichenden, objektiven Informationen kann ein mündiger Bürger mitdenken und –entscheiden.

„Ziel muss eine aufgeklärte und politisch mündige Bevölkerung sein, die sich nicht fremdbestimmen lässt - sowohl in Deutschland als auch in Europa.“

Pressestelle Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten/
DGVP e.V. für Gesundheit
Tel: 06247-904 499 7
Fax: 06247-904 499 9
presse@dgvp.de
www.dgvp.de

freigegeben zur Veröffentlichung